



Inhalt

Begrüßung / Einleitung.....	2
1 Wie wollen Sie sicherstellen, dass in allen Anträgen und offiziellen Informationen Leichte Sprache verwendet wird? Setzen Sie sich für einen Übersetzerbutton für alle offiziellen Informationen ein? Wie wollen Sie Barrierefreiheit auch in digitalisierten Antragsverfahren umsetzen?.....	2
SPD	2
CDU	2
Bündnis 90/Die Grünen	3
FDP	3
2 Wie planen Sie, umfassende Barrierefreiheit voranzubringen, damit Teilhabe im Sozialraum für alle Menschen gelingt?.....	3
SPD	3
CDU	4
Bündnis 90/Die Grünen	5
FDP	5
3 Wie stellen Sie sich eine umfassende Hilfe vor, bei der unter Berücksichtigung des Datenschutzes ein Antrag für alle vom Staat vorgesehen Teilhabeleistungen ausreicht? Werden Sie sich dafür einsetzen, Antragsverfahren miteinander zu kombinieren, dadurch zu vereinfachen und so einen barrierefreien Zugang zu Informationen zu gewährleisten?	5
SPD	5
CDU	6
Bündnis 90/Die Grünen	6
FDP	6
4 Welche Schritte planen Sie, um Barrierefreiheit auch im digitalen Raum voranzubringen?	6
SPD	6
CDU	6
Bündnis 90/Die Grünen	7
FDP	7

Begrüßung / Einleitung

Liebe Leser*innen,

heute erhalten Sie den dritten Sonder-Informationssdienst zum Thema Landtagswahl. In dieser Ausgabe geht es um Barrierefreiheit. Unsere Beiräte haben gefragt. Die Parteien haben geantwortet.

Viel Spaß beim Lesen!

Mit freundlichen Grüßen

Frank Steinsiek
Landesgeschäftsführer

1 | Wie wollen Sie sicherstellen, dass in allen Anträgen und offiziellen Informationen Leichte Sprache verwendet wird? Setzen Sie sich für einen Übersetzerbutton für alle offiziellen Informationen ein? Wie wollen Sie Barrierefreiheit auch in digitalisierten Antragsverfahren umsetzen?



Wir werden (...) den digitalen Wandel sozial, inklusiv und nachhaltig gestalten. Deshalb soll die digitale Barrierefreiheit bei allen Digitalisierungsprojekten ein Kriterium sein.

Wir schaffen Ansprechpartner, die Bürgerinnen und Bürger bei der Überwindung digitaler Hindernisse zur Seite stehen. Insbesondere älteren Menschen werden wir zusätzlich digitale Teilhabe durch ehrenamtliche Digital-Botschafter erleichtern, die wir durch Qualifizierungsangebote unterstützen. Gleichzeitig werden wir dafür sorgen, dass niemand durch die Digitalisierung abgehängt wird. Dazu gehören kostenlose Bildungsangebote insbesondere zur IT-Sicherheit, aber auch ein klares Bekenntnis gegen einen Digitalzwang.

(Fortsetzung bei Frage 2)



Die bundesweite Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes sieht die Digitalisierung wesentlicher Verwaltungsleistungen bis Ende 2022 vor. Das Land Niedersachsen ist mit dem Sozialministerium für das Teilprojekt Digitalisierung im Themenfeld Gesundheit zuständig. Für

immerhin 16 relevante Leistungen werden hier der digitale Antragsprozess sowie die notwendige technische Infrastruktur entwickelt. Das schließt die Prüfung von technischen Lösungen ein, wie Barrierefreiheit in digitalisierten Antragsverfahren gewährleistet werden kann. In Regierungsverantwortung werden wir uns dafür einsetzen, dass der aktuell ins Stocken geratene Prozess wieder an Fahrt gewinnt.

Grüne Niedersachsen



Das Land hat im Niedersächsischen Behindertengleich-

stellungsgesetz (NBGG) bereits 2016 die rechtlichen Rahmenbedingungen für Barrierefreiheit im digitalen Raum geschaffen. Ob diese Regelungen tatsächlich Barrieren abgebaut haben und wo ggf. noch Handlungsbedarf besteht, sollte nun überprüft werden. Die Ergebnisse der Überprüfung sollten gemeinsam mit den Behindertenverbänden bewertet werden. Wie Barrierefreiheit und insbesondere die Verwendung Leichter Sprache technisch umgesetzt werden, bleibt den einzelnen Stellen überlassen. Der Übersetzerbutton ist aber aus unserer Sicht eine sinnvolle Methode. Im Rahmen der Digitalisierung ist es uns wichtig, Menschen mit Behinderungen zu beteiligen und ihre Expertise zu berücksichtigen.

Barrierefreiheit aus der Sicht von nicht-behinderten Menschen führt erfahrungsgemäß nicht immer zum Erfolg.

Freie Demokraten

Landesverband
Niedersachsen **FDP**

Wir Freie Demokraten wollen die Angebote in leichter Sprache kontinuierlich ausbauen und werden uns im Landtag für dieses Ziel einsetzen. Dabei ist der Übersetzerbutton für uns ein gutes

Hilfsmittel, das wir unterstützen. Wir selber wenden natürlich auch leichte Sprache an. Unser Wahlprogramm in leichter Sprache ist unter [Wahlprogramm-Einfache-Sprache_0.pdf](#) (fdp-nds.de) erhältlich.

2 | Wie planen Sie, umfassende Barrierefreiheit voranzubringen, damit Teilhabe im Sozialraum für alle Menschen gelingt?

SPD

Soziale
Politik für
Dich.

Auszug:

Mit der Novellierung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes haben wir die Teilhabe von Menschen mit Behinderung nachhaltig gestärkt und verbessert. Im Rahmen

des Gesetzgebungsverfahrens sind insbesondere die Vorschläge und Wünsche der Behindertenverbände weitgehend berücksichtigt worden.

Das Gesetz wird vor allem für mehr Barrierefreiheit sorgen und mögliche Benachteiligungen von Menschen mit Behinderung weiter abbauen. Menschen mit Behinderung sollen in der Mitte unserer Gesellschaft selbstbestimmt und gleichberechtigt leben können. Das Land Niedersachsen wird ein Landeskompetenzzentrum für Barrierefreiheit errichten, das Behörden, aber auch weitere Akteure, wie die Wirtschaft, in Fragen der Barrierefreiheit beraten und unterstützen soll. Eine wichtige Neuerung ist auch die Verpflichtung für öffentliche Stellen, barrierefrei zu bauen.

(...)

Wichtig ist zudem, Nicht-Betroffene stärker für Inklusion zu sensibilisieren, damit die Belange von Menschen mit Behinderung bei der Planung und Umsetzung von Vorhaben im öffentlichen Raum konsequent mitgedacht werden. Von Landesseite müssen zudem verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um auch von der Privatwirtschaft endlich mehr Barrierefreiheit einzufordern.

(...)

Für die Fortschreibung der Inklusionspläne in Niedersachsen sind neben den Verbänden auch Betroffene selbst zwingend in den Prozess mit einzubeziehen. Auf dem Weg zur Inklusion setzen wir auch auf die Bereitstellung notwendiger Unterstützungsangebote – wie Gebärdensprachdolmetscherinnen und Gebärdensprachdolmetscher oder Assistenzleistungen. Darüber hinaus werden wir die Sozialraumorientierung in allen Angeboten der Eingliederungshilfe implementieren und ambulante sowie mobile Angebote unterstützen und diese fördern.

(Fortsetzung bei Antwort 3)



Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf eine barrierefreie Gestaltung ihrer Umwelt,

damit sie am alltäglichen Leben in allen Bereichen ganz selbstverständlich teilhaben und sich einbringen können. Wir wollen erreichen, dass Menschen mit Einschränkungen, ältere Menschen oder zeitweise Erkrankte das tun können, was für alle selbstverständlich ist: Den ÖPNV nutzen, einen Geldautomaten aufsuchen oder die Nachrichtensendung verfolgen. In das weiterentwickelte Behindertengleichstellungsgesetz haben wir eine Regelung für ein Kompetenzzentrum Barrierefreiheit aufgenommen, das sich um diese Fragen kümmert. Mobilität ist in der heutigen Gesellschaft auch für Menschen mit Behinderung ein unverzichtbares Gut. Aus diesem Grund ist eine barrierefreie Infrastruktur unverzichtbarer Bestandteil einer inklusiven Gesellschaft.



Das Niedersächsische Behindertengleichstellungsgesetz sieht auch vor, dass das Land

ein Kompetenzzentrum Barrierefreiheit einrichtet. Das Kompetenzzentrum soll zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für alle Fragen der Barrierefreiheit sein und berät auch privaten Einrichtungen, für die es bisher keine gesetzlichen Verpflichtungen gibt. Wir setzen uns dafür ein, dass das Kompetenzzentrum gut ausgestattet wird und ausreichend Personal zur Verfügung hat, um alle Beratungsanfragen umfassend zu beantworten.

Freie Demokraten



Viele Menschen denken, dass Inklusion und Barrierefreiheit ein Thema ist, dass sie nicht betrifft. Das ist ein Irrglaube. Von Inklusion und Barrierefreiheit profitieren Menschen mit Behinderungen, Familien mit Kindern, ältere Menschen und letztlich wir alle, denn Einschränkungen der Mobilität oder in der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erfährt zeitweise jede und jeder Einzelne. Hier ist gesellschaftliches Umdenken und Verinnerlichung des Inklusionsgedankens wichtig. Eine freie Gesellschaft ist inklusiv. Dafür muss sie auch barrierefrei sein und zwar in allen Bereichen. Wir Freie Demokraten wollen Niedersachsen barrierefrei machen – im ÖPNV und im Schienenverkehr, in öffentlichen Gebäuden und bei privaten Dienstleistern, die ihre Leistungen der Allgemeinheit anbieten. Wir setzen auf moderne Instrumente selbstbestimmter Inklusion, vom Assistenzhund über digitale und technische Hilfsmittel bis hin zum einfachen persönlichen Budget zur Bündelung staatlicher Leistungen. Niedersachsen muss die UN-Behindertenrechtskonvention beispielgebend umsetzen.

3 | Wie stellen Sie sich eine umfassende Hilfe vor, bei der unter Berücksichtigung des Datenschutzes ein Antrag für alle vom Staat vorgesehen Teilhabeleistungen ausreicht? Werden Sie sich dafür einsetzen, Antragsverfahren miteinander zu kombinieren, dadurch zu vereinfachen und so einen barrierefreien Zugang zu Informationen zu gewährleisten?



Siehe oben, Anmerkung der Redaktion.



S. Antwort auf Frage 2. Alle Verwaltungsverfahren – nicht nur die für Teilhabeleistungen - müssen so ausgestaltet werden, dass Informationen, über die staatliche Stellen bereits verfügen, von den Bürgerinnen und Bürgern nicht immer wieder aufs Neue übermittelt werden müssen, sondern nur das abgefragt wird, was noch nicht bekannt ist. Dafür setzen wir uns ein.



Wir setzen uns für eine zunehmende Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen ein.

Dadurch kann einerseits die Arbeitsbelastung der Verwaltung reduziert werden, andererseits werden insbesondere Anträge auf Leistungen auch für Bürger*innen deutlich einfacher, wenn sie digital angeleitet gestellt werden können. Perspektivisch bietet die Digitalisierung auch die Möglichkeit, Leistungen zusammenzufassen und die Beantragung dadurch noch weiter zu vereinfachen. Das unterstützen wir ausdrücklich.



(Siehe nächste Frage, Anmerkung der Redaktion)

4 | Welche Schritte planen Sie, um Barrierefreiheit auch im digitalen Raum voranzubringen?



Siehe oben, Anmerkung der Redaktion.



CDU

Das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) legt in Deutschland die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen fest. Das Gesetz muss bis Juni 2025 umgesetzt werden – ab diesem Zeitpunkt müssen die im

BFSG aufgeführten Produkte und Dienstleistungen barrierefrei sein. Dazu gehören beispielsweise Smartphones und Smart-TV, Bank- und Fahrkartenautomaten, E-Books sowie Online-Shops.

Grüne Niedersachsen



Wir wollen die Regelungen zur digitalen Barrierefreiheit

im Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetz evaluieren und gemeinsam mit den Behindertenverbänden nachbessern. Bisher gelten die Regelungen nur für öffentliche Stellen, nicht aber für privaten Einrichtungen (z.B. Geschäfte oder Restaurants). Da hier eine Regelung auf Landesebene nicht zielführend ist, setzen wir uns für entsprechende Vorgaben auch für privaten Einrichtungen auf Bundesebene ein.

Freie Demokraten

Landesverband
Niedersachsen **FDP**

Die letzten beiden Spiegelstriche in diesem Bereich werden gemeinsam beantwortet. Wir Freie Demokraten wollen Behörden konsequent zu One-Stop-Shops ausbauen. Daten werden einmalig an die Verwaltung weitergegeben und dann an entsprechender Stelle verarbeitet. Zur Funktionsfähigkeit des Systems fordern wir einheitliche Standards. Damit lassen sich Prozesse der Verwaltung beschleunigen. Wir bauen Bürokratie ab und erleichtern das Gründen. Darüber hinaus kann ein One-Stop-Shop die Vernetzung und den Austausch mit privaten und öffentlichen Akteuren vorantreiben. Alle Zugriffe auf die Daten werden über einen externen Kontroll-Server geloggt, und der behördenseitige Zugriff löst automatisch eine Benachrichtigung aus. Im Fall eines laufenden Verfahrens kann die Benachrichtigung auch nach Verfahrensabschluss erfolgen. Die Bürgerinnen und Bürger haben auf Nachfrage ein Recht, den Grund für den Datenzugriff zu erfahren. Dabei ist es für uns selbstverständlich auch hier Barrierefreiheit mitzudenken. Die Nutzung digitaler Anwendungen darf weder an fehlender technischer Ausstattung noch an fehlenden Kenntnissen und Fähigkeiten scheitern. Bestehende rechtliche Anforderungen beispielsweise zur barrierefreien Gestaltung von Websites müssen daher konsequent umgesetzt werden.

Auch die Anwendung von Apps sollte barrierefrei möglich sein. Und insbesondere für das Arbeitsleben oder im Berufsbildungs- und Arbeitsbereich einer Werkstätte muss die Weiterbildung mit digitalen Kompetenzen stärker zur Anwendung kommen. Wir sprechen uns zudem für ein Recht auf Digitale Teilhabe im SGB IX aus. Zur Teilhabe im digitalen Raum gehört für uns auch, die Inhalte in unterschiedlicher Weise bereit zu stellen. Unser Wahlprogramm ist daher - neben der einfachen Sprache - auch als Podcast erhältlich. Dieser wurde von der Sozialpolitischen Sprecherin der Freien Demokraten im Landtag, Frau Susanne Schütz, MdL, eingesprochenen. Sie können diesen Podcast beispielsweise unter <https://podcasts.apple.com/us/podcast/tun-wir-mehr-als-n%C3%B6tig/id1639903972> oder Tun wir mehr als nötig Podcast Download ~ Podcast von Susanne Schütz ~ podcast 3014131 abrufen. Der Podcast sollte aber auch mit dem Suchbegriff "Tun wir mehr als nötig" in den gängigen Podcast-Kanälen zu finden sein.

Wenn Sie unseren Infodienst nicht mehr erhalten möchten, klicken Sie bitte [hier](#). Automatisch öffnet sich eine E-Mail, die Sie nur noch versenden müssen. Ihre Daten werden dann automatisch aktualisiert.

Herausgeber

Lebenshilfe Landesverband
Niedersachsen e.V.
Nordring 8 G
30163 Hannover

Redaktion

Frank Steinsiek (FST) (V.i.S.d.P.)
Ulrike Seyfang (US)
Jana Koch (JK)
Maren Böhm (MB)

Service

Telefon: 0511 . 909 257 - 00
Fax: 0511 . 909 257 - 11
landesverband@lebenshilfe-nds.de
Auflage: 1.600 Stück